

Erinnerungsvermerk über eine Aussprache

mit Bundeskanzler R a a b am 14. Juni 1956, 1/2 11 Uhr.

-----

Raab ruft mich vom Wirtschaftsbund an und fragt, ob er zu mir kommen kann. Nach einer kurzen Einleitung beginnt RAAB die Aussprache mit dem Hinweis auf die Freitag-Verhandlungen und erklärt nachdrücklich, dass er am Freitag zum Abschluss kommen müsse. Er kann die Regierungsbildung nicht mehr länger hinausziehen. Montag soll der Koalitionspakt abgeschlossen werden und das Regierungsprogramm durchgesprochen.

Auf meine Bemerkung, ob sein Optimismus im Zusammenhang mit der Aufgabe seines Widerstandes bei den Banken und beim Radio besteht, erklärt RAAB, bei den Banken könne er sich beim besten Willen nicht durchsetzen; beim Radio bleibe er gleichfalls auf seinen Vorschlag bestehen.

Darauf ich: Ohne Banken können wir nicht abschliessen, beim Radio sind wir für ein Gesetz, für dessen Verabschiedung man eine Frist setzen könnte. Der von ihm im Memorandum gemachte Vorschlag ist für uns unannehmbar.

Raab fragt, ob die Übertragung der Rechte anstatt an den Bundeskanzler an die Bundesregierung, wo dann auch wir mit einem von uns beschickten Ministerbeirat vertreten wären, nicht ein Ausweg wäre. Ich verweise auf das verlangte Dirimierungsrecht und lehnte den Vorschlag ab.

Darauf RAAB: Er müsse darauf bestehen. Wenn er zu den zwei Fragen keine Zustimmung von uns bekommt, dann wird er eine Minderheitsregierung bilden. Darauf ich: Eine solche Drohung schreckt uns nicht. Wir haben bei den Verhandlungen schon viel nachgegeben. Nun ist es aber genug. Schliesslich müssen wir ja unsere Haltung bei unseren Leuten begründen können. Was uns zugemutet wird, ist für uns nicht annehmbar.

Wir reden dann über die Minderheitsregierung und ich warne Raab davpr, seinen Einbläsern aufzusitzen. Diese Minderheitsregierung bildet für den Staat eine Gefahr und kann nur mit einer schweren Schädigung enden.

Auf meine Bemerkung, dass er, wenn er mit der Regierungsbildung nicht durchkommt, seine Designierung an den Bundespräsidenten zurückgeben soll, erklärt Raab dazidiert, dass eine Zurücklegung für ihn nicht in Frage kommt. Er werde eben eine Minderheitsregierung bilden, womit sich der Bundespräsident abfinden muss. Auf meine Zweifel, ob er das tun würde, erklärt Raab, dass die ÖVP. einen Missbrauch mit dem Bundespräsidenten nicht dulden werde. Ich wies das zurück.

Bei der Aussprache sage ich RAAB, dass er schon immer von Hass gegen die Arbeiter erfüllt war. Darauf Raab: Ich werde auch in der Minderheitsregierung nicht gegen die Arbeiter regieren. Wenn es dazu kommt, werde ich den Gewerkschaftsbund einladen. Es wird sich dann zeigen, inwieweit der Gewerkschaftsbund über den Parteien steht, oder ob er sich nur den sozialistischen Anschauungen unterwirft. Ich verwies darauf, dass die ÖVP. im Gewerkschaftsbund eine verschwindende Minderheit darstellt. Schliesslich machte ich RAAB nochmals auf die Gefahren aufmerksam, die durch eine Minderheitsregierung entstehen würden.

Unter dem Eindruck dieser Aussprache machte ich den Vorschlag, den gesamten Staatsbesitz in die Bundesregierung zu verlagern. Das kann doch kein unbilliges Verlangen sein. Es ist eben nicht möglich, dass bei Kamitz eine Ausnahme gemacht wird.

Darauf RAAB: Es habe ihm schon viel Mühe gekostet, die verstaatlichte Industrie vom Finanzministerium wegzubringen. Er zeigte sich schliesslich geneigt, den gesamten Staatsbesitz in die Bundesregierung zu verlagern. In diesem Falle würde er vorschlagen, dass für die verstaatlichten Betriebe Raab namens der Bundesregierung zeichnungsberechtigt ist, für die Elektrizitätswirtschaft Waldbrunner und für die Banken Kamitz. Raab erklärt, dass er diesen Vorschlag als einen möglichen Ausweg ansieht.

Wir reden dann über das Erdöl. Niederösterreich müsse unbedingt berücksichtigt werden. Ich verweise darauf, dass alle Vorschläge, die wir in der Richtung gemacht haben, von den Niederösterreichern abgelehnt wurden. Die Müllner-Wirtschaft in Niederösterreich ist für uns unerträglich. Raab <sup>erklärt</sup> seine Bereitwilligkeit, sich in N.Ö. für eine geregelte Zusammenarbeit einzusetzen, wenn wir uns in der Bundesregierung finden. Die Besprechung endet um 1/2 12 Uhr, sie wurde in sehr verständlichem Ton geführt, wobei ich den Eindruck hatte, dass meine ablehnende Haltung einen gewissen Eindruck bei Raab hinterliess.